

Wilsdruffer Tageblatt

Sprechender Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Ersteilung erfolgt mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Bestellung monatlich 4.50 Mk., durch unsere Mitglieder zugewandt in der Stadt monatlich 3 Mk., auf dem Lande 4.50 Mk., durch die Post bezogen monatlich 5.25 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Bestellungen sowie Anzeigen und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Ortskraft oder sonstiger Unfälle übernehmen wir die Zustellung der Zeitung oder Abgabe des Bezugspreises.



Interessentpreis 1 Mk. für die 6 wöchentliche Korrespondenz über deren Raum, Postamt, die 2 wöchentliche Korrespondenz 2.50 Mk. Die Wiederholung und Jahresauftrag entsprechend Preisnachlass. Zusammenfassungen im amtlichen Teil (aus dem Reichsblatt) die 2 wöchentliche Korrespondenz 3 Mk. Nachdruckgebühr 30 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Möglichkeit der durch Fernruf übermittelten Nachrichten übernehmen wir keine Garantie. Jeder Anzeigenpreis enthält, wenn der Betrag durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rechnung gestellt.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zichunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Zichunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 226.

Dienstag den 27. September 1921.

80. Jahrgang.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

Im Vorkriegsstand soll angeblich ein Vorschlag vorliegen, daß eine neue Abstimmung in Oberschlesien stattfinden solle. Die Stimmung unter der ober-schlesischen Bevölkerung, gegen eine Teilung Oberschlesiens, werde immer stärker.

Über die wirtschaftlichen Sanktionen am Rhein soll eine Einigung erzielt worden sein. Die Zollgrenze soll in kurzem fallen.

Reichskanzler Dr. Wirth äußerte starke Zweifel darüber, ob Deutschland weitere Goldzahlungen leisten könne.

Der in Berlin weilende bayerische Ministerpräsident Graf Verchenfeld machte Besuche bei dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler. Man erhofft baldige Beilegung der bisherigen Zwistigkeiten.

Der sozialdemokratische Parteitag nahm vor seiner Beendigung den neuen Programmtext mit allen gegen fünf Stimmen an.

Ungarn hat eine Frist von zehn Tagen erhalten, um das Burgenland zu räumen. Die Note ist daher ein tatsächliches Ultimatum.

Umbildung der Reichsregierung

Der Wunsch, unsere Politik auf eine breitere Basis zu stellen und in die Koalition der Regierungsparteien im Reich wie in Preußen neben der sozialdemokratischen auch die Deutsche Volkspartei hineinzuziehen, hat ein sonderbares Echo gefunden. Die Parteien, die nicht zu einander kommen konnten, die Mehrheitssozialisten und Volksparteiler, sind nunmehr bereit, miteinander zu arbeiten, aber weite volksparteiliche Kreise wünschen die Ausschiffung des gegenwärtigen Leiters des Reichskabinetts. Hierzu schreibt uns ein sührender, mit der bürgerlichen Linken sympathisierender Politiker:

Die Sozialdemokraten haben in Berlin den Beschluß ihres letzten Parteitag in Kassel umgestoßen und sich prinzipiell zu einem Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei in der Regierung bereit erklärt, dem sie sich so lange widersetzt haben. Damit ist die Bahn für die seit langer Zeit besonders vom Zentrum und von den Demokraten angeführte breite Koalition von Mehrheitssozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei freigemacht. Von dem theoretischen Entschluß des Zusammengehens bis zum praktischen Zusammengehen am Regierungstisch ist allerdings noch ein weiter Weg. Die Sozialdemokratie und die Volkspartei melden schon in mehr oder minder parteiunabhängigen Presseäußerungen sozial Bedingungen und Forderungen an, daß die Verwirklichung der Einigung kein leichtes Geschäft sein wird. Schwieriger wird die Frage weiter dadurch, daß die Regierungsumbildung nicht nur für das Reich, sondern auch für Preußen zu vollziehen ist. In den Reihen der Sozialdemokraten besteht eine aus der letzten politischen Entwicklung herrührende Abneigung gegen den jetzigen preussischen Ministerpräsidenten Stegerwald. In der Deutschen Volkspartei andererseits sieht die Person des jetzigen Reichskanzlers Wirth auf gewissen Widerstand. So kommen zu den sachlichen Gegensätzen, die auszugleichen sind, noch persönliche Gegensätze. Aber trotz gegenseitiger Behauptungen darf man als sicher annehmen, daß nicht nur Zentrum und Demokraten, sondern auch Mehrheitssozialdemokraten bei Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in das Reichskabinett auf dem Verbleib des Dr. Wirth als Reichskanzler bestehen werden. Es ist beachtenswert, wie energisch die offiziöse Zentrumspartamentkorrespondenz der Nachrichten entgegengetreten ist, daß das Zentrum eine Zurückziehung Wirths als Reichskanzler beabsichtigt. Nicht minder deutlich ist auch von sozialdemokratischer und demokratischer Seite betont worden, daß man auf dem Verbleib Wirths in der Reichskanzlei großen Wert lege. Man kann von sozialdemokratischer Seite die Auffassung hören, daß gerade die Reichskanzlerschaft Wirths geeignet sei, die Koalitionsumbildung zusammen mit der Deutschen Volkspartei einigermassen schmackhaft zu machen. Andererseits ist es ja bekannt, daß Wirth schon in den ersten Tagen seiner Kanzlerschaft sich um die Hineinziehung der Deutschen Volkspartei in die Reichsregierung lebhaft bemüht hatte, damals sehr zum Mißvergnügen der sozialistischen Mitglieder der bisherigen Koalition.

Es ist um das Handeln und Verhandeln um Regierungsposten zwischen Parteien bei Regierungsbildungen immer eine mühsame Sache. Zweifellos sollte nach dem Grundsatz verfahren werden, daß politische Entscheidungen nur aus sachlichen und nicht aus persönlichen Gesichtspunkten heraus zu treffen sind.

Die Entscheidung über eine Kanzlerschaft Wirths geht aber weit über eine reine Personenfrage hinaus. Der Name Wirth ist für das Ausland ein Programm. Auch innenpolitisch ist Wirth eine politisch scharf abgegrenzte Figur, mit einer Anhängerschaft, die nicht durch das gewöhnliche Parteischema abgegrenzt wird. Was gegen Wirth spricht, ist eine ausgesprochene Stellungnahme gegen die Reichsparteien, wie sie sich in den letzten Monaten und Wochen herausgebildet hatte. Man muß ihm aber zubilligen, daß er in diese Haltung von der politischen Entwicklung und den politischen Ereignissen hineingedrängt wurde, zumal seit dem Griesbacher Attentat. Die bayerische Frage aber, in deren taktischen Behandlung

Wirth nicht stets den richtigen Weg gefunden haben mag, wird dann, wenn die Regierungsumbildung im Reich endgültig zur Sprache kommen wird, wohl schon eine befriedigende Erklärung gefunden haben.

In einem Kabinett, das die vier Mittelparteien umfaßt, kann der Reichskanzler notwendigerweise kein Mann der Flügelparteien, sondern er muß ein Mann der Mitte, also der Demokraten oder des Zentrums sein. Keine dieser Parteien hat aber heute einen Kanzlerkandidaten aufzuweisen, der nach außen und innen soviel Einfluß ausübt wie Wirth. Insbesondere kommt es Wirth zugute, daß er, da er fünf Vierteljahre das Finanzministerium verwaltet hat, in diesem heikelsten Punkte der Geschäftsführung des Reiches gut orientiert ist. Da er die Schwierigkeiten der Finanzlage am besten einsieht, ist er vielleicht der finanzpolitischen Einigung mit den Vertretern der Deutschen Volkspartei gerade der gegebene Mann. Endlich darf nicht vergessen werden, daß man an die Bildung dieser vergrößerten Koalition gehen will, weil man erkannt hat, daß nur durch enge Zusammenarbeit aller produktiven Kräfte der deutschen Wirtschaft und Politik das Schlimmste verhütet werden kann. Für Deutschland, das dauernd unter dem Druck seiner übermächtigen Vertragsgegner steht, gibt es keine andere Möglichkeit, als den einmal beschrittenen Weg der Erfüllung des Ultimatums weiter zu gehen. Um hierfür die Möglichkeit zu schaffen, wird die große Koalition gebildet. Es wäre unlogisch, wenn man in diesem Augenblick den Mann, der das Londoner Ultimatum angenommen und den Weg der Erfüllung mit Energie und Erfolg beschritten hat, fallen lassen würde. Das Ausland, für das der Name Wirths mit der deutschen Erfüllungspolitik gleich ist, würde ein solches Vorgehen nicht verstehen. Der außenpolitische Kredit, den Wirth sich erworben hat, muß auch dem kommenden Kabinett zugute kommen.

Das eine fest, wenn die Bildung der neuen Koalition an und für sich schon eine schwierige Aufgabe sein wird, so würde sie dann fast unmöglich werden, wenn sie von irgendeiner Seite abhängig gemacht würde vom Rücktritt Wirths. An dieser Personenfrage darf aber auf keinen Fall das Zustandekommen der Arbeitsgemeinschaft von Mehrheitssozialdemokraten, Demokraten, Zentrum und Deutscher Volkspartei scheitern.

Der Meinungskampf um den Kanzler.

Der preussische Ministerpräsident Stegerwald, der wie Dr. Wirth dem Zentrum angehört, und dem man gewisse Abweichungen von den Ansichten des Kanzlers über die politischen Notwendigkeiten nachgesagt hatte, bekennt sich in der Germania zur Politik der breiten Mitte, die, wenn sie möglich wäre, auch von den Unabhängigen bis zur Deutschen Volkspartei reichen könnte, nur die Koalition von den Unabhängigen bis zum Zentrum halte er nicht für tragfähig. Aber sein Verhältnis zu dem Reichskanzler Dr. Wirth sagt Stegerwald: Es darf zu allem, was in den letzten Wochen geschehen ist, nicht auch noch der falsche Anschein erweckt werden, daß eine kleine Gruppe rechtsgerichteter Kreise in Deutschland die Kraft besäße, den Reichskanzler zu führen. So steht die Partei nicht. Ich kämpfe, nachdem der mehrheitssozialdemokratische Parteitag die hauptsächlichsten Hindernisse für eine breite Mitte mit einem starken Arbeiterflügel beseitigt hat, für Wirth.

Das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei, die Nationalliberale Korrespondenz, sagt in einer Auseinandersetzung, die sich gegen Ausführungen der Germania richtet, die Deutsche Volkspartei denke gar nicht daran, etwa die Initiative zu einem Eintritt in die Regierung zu ergreifen, sondern werde praktisch zu dieser Frage erst Stellung nehmen, wenn dies von Seiten der gegenwärtigen Regierungsparteien geschieht. „Wir können“, heißt es weiter, „auf das Bestimmteste versichern, daß der Gedanke einer größeren Koalition als Voraussetzung für eine gezielte Fortentwicklung unserer politischen Verhältnisse in der Deutschen Volkspartei so fest steht, daß es keinen maßgebenden Politiker der Partei gibt, der nicht bei einer etwaigen Regierungsbildung sofort auf die Mitwirkung seiner Person verzichten würde, wenn dies erforderlich wäre.“ Zum Schluß verweist die Nat. Korr. die Darlegungen der Germania verfolgten den Zweck, den Gedanken einer breiteren Koalition im Reich zu zerstückeln und der vollkommen nach links gerichteten Politik Dr. Wirths dadurch wieder zum Siege zu verhelfen.

Ende der wirtschaftlichen Sanktionen.

Aufhebung in kurzer Zeit.

Endlich scheinen die Verhandlungen über die Aufhebung der zu Unrecht über den 15. September hinaus aufrechterhaltenen Wirtschaftssanktionen am Rhein zu einem in Deutschland befriedigenden Resultat zu führen. Die Verhandlungen zwischen der englischen und der französischen Regierung über die neu zu errichtende Kontrollkommission zur Überwachung der Ausgabe der Ein- und Ausfuhrzölle seitens der deutschen Regierung an der Rheinzollgrenze sind beendet. Die Franzosen haben ihren Standpunkt, daß der Kommission ein Einspruchsrecht gegen die Erteilung solcher Erlasse zugestanden werde, fallen lassen. Andererseits haben die Engländer dem zugestimmt, daß die alliierten Kommissare mit den Entscheidungen der deutschen Zollbehörden bezüglich der Ausgabe von Zöllnissen bekannt gemacht werden sollen. Damit ist die Möglichkeit gegeben, in gewissen Fällen Strafmaßnahmen verhängen zu können.

Nach dem Abschluß dieser Besprechungen erklärte der englische Botschafter der deutschen Regierung,

daß die englische Regierung dem von Briand dem deutschen Botschafter in Paris gegenüber vertretenen Standpunkt beipflichte, und daß der Beschluß des Obersten Rates nunmehr zur Durchführung gebracht werden könne. Sobald eine direkte Zustimmung der deutschen Regierung zu den Beschlüssen der Alliierten vorliegt, soll eine kleine Konferenz von alliierten und deutschen Sachverständigen zusammentreten, die die Einzelheiten der Frage regeln soll. Darauf werde die Zollgrenze am Rhein sofort aufgehoben werden.

Weitere Goldzahlungen unmöglich.

Dr. Wirths Bedenken.

Der Reichskanzler unterhielt sich mit mehreren ausländischen Journalisten über die finanzielle und allgemeine politische Lage Deutschlands. Besonders Interesse erweckten seine Äußerungen zu dem Berliner Vertreter des „Corriere d'Italia“.

Der Kanzler sagte, man könne nicht leugnen, daß die Feindseligkeiten der Rechtsparteien gegenüber dem gegenwärtigen Kabinett eine ernste Gefahr für die Republik bedeuten. Die Schwierigkeiten, die das Reich zu überwinden hat, sind ungeheuer, es werde daher unmöglich sein, die nächsten Zahlungen mit derselben Leichtigkeit vorzunehmen, wie dies gelegentlich der ersten Milliarde der Fall war. Man muß sich daran erinnern, welchen tiefen Kurs die Mark infolge der Zahlung dieser ersten Milliarde durchzumachen hatte. Wenn Deutschland weiter in Gold zahlen muß, so ist sein Bankrott unvermeidlich.

Dem Vertreter des „Zeitungs“ erklärte Dr. Wirth, der Reichstag werde eine Reihe von Gesetzentwürfen zu bearbeiten haben, die den Besitzenden schwere Steuerlasten auferlegen. Es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß die Regierung die Pläne für die direkten Steuern aufgeben wolle, um die bestehenden Klassen zu schonen. Wir werden gezwungen sein, die indirekten Steuern zu erhöhen, damit Deutschland seinen Verpflichtungen nachkommen kann. Von den Verhandlungen mit Industrie, Banken und Landwirtschaft erwartet der Kanzler den Eingang bedeutender Summen. Er fuhr fort: Ich kann nicht versprechen, daß Deutschland alles zahlen wird, was man von ihm verlangt. Aber ich kann versichern, daß es sich loyal bemühen wird, es zu tun. Das Opfer, das wir von den bestehenden Klassen verlangen werden, wird natürlich von politischen Folgen begleitet sein. Jedemal, wenn mir die Entente eine Genußung verweigert oder die Ausführung eines Versprechens hinauszieht, bemüht man diesen Anlaß, sich an meiner Autorität zu vergreifen und den Bestand meiner Regierung zu bedrohen. Diese Lage ist nicht nur für mich peinlich, sondern auch für die Zukunft der internationalen Beziehungen verhängnisvoll. Ich hoffe, daß die Ententeregierungen in der Zukunft das Mittel finden werden, uns größeres Vertrauen zu erzeigen. Obwohl ich eine Rückkehr der Monarchie in Deutschland für unmöglich halte, wäre es doch klug, wenn sich die Entente beeilen wolle.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Entscheidung über Oberschlesien verzögert.

Abermals wissen Pariser Blätter über eine Verzögerung in der Abwicklung der Oberschlesien Frage zu berichten. Aus Genf wird berichtet, daß bis vor kurzen die Lösung in nächster Zeit zu erwarten gewesen sei. Diese Hoffnung sei durch ein neues Ereignis junichte gemacht worden. Die französischen Blätter deuten an, eine englische Entscheidung habe die Verzögerung herbeigeführt. Wahrscheinlich ist unter dieser Umdeutung ein erneuter französischer Einbruch zu verstehen, da gleichzeitig aus Genf gemeldet wird, man wolle in englischen und italienischen Kreisen der Auffassung zu, eine neue Abstimmung in Erwägung zu ziehen, da in der ober-schlesischen Bevölkerung sich immer stärker das Bestreben für ein ungeteiltes Verbleiben des Gebietes bei Deutschland zeige. Nach einer Meldung aus Genf hat der Ausschuss des Völkerbundes eine Sachverständigenkommission nach Oberschlesien zu entsenden beschlossen.

Luzern im Badischen Landtag.

Die Deutschnationalen Badens hatten im Badischen Landtag Interpellationen eingebracht wegen des Verbots einer Zeitung, des Verbots von Regimentsfeiern usw. Der Minister Kemmele erklärte, daß die Feiern verboten worden seien, weil in Heidelberg bei einer solchen Gelegenheit monarchistische Kundgebungen stattfanden; die Ausschreitungen in Heidelberg seien als Folge der Hege der Rechte gegen die Regierung anzusehen. Später sprach Staatssekretär Trund über die Ausnahmeverordnungen. Er geriet dabei in einige Erregung, schlug mit der Faust auf den Tisch und gebrauchte das Wort „Rechtspökelei“, worauf die Deutschnationalen heftige Zwischenrufe machten wie „Unverschämtheit“ u. dergl., und die Sozialisten „Völlerräter“, „Schieber“ riefen. Die Sache wurde schließlich beigelegt. Im Badischen Landtag ist ferner mit den Stimmen des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten ein Antrag angenom-